



Ein spannender Vorschlag: Soll die Rekommunalisierung des Stromnetzes über einen Bürgerfonds finanziert werden? Am Donnerstag berät der Rat über das weitere Vorgehen bei der Konzessionsvergabe.

Berlage schlägt Bürger-Fonds für den Stromnetzerwerb vor

Von unserem Redaktionsmitglied PETER WILD

Warendorf (gl). Sollen Bürger die Möglichkeit bekommen, sich an einem Fonds zum Erwerb des Stromnetzes zu beteiligen? Mit dieser ungewöhnlichen Idee wird die FWG die Diskussion um die Rekommunalisierung des Netzbetriebs bereichern.

Wenige Tage vor seinem offiziellen Ausscheiden aus dem Rat aus Altersgründen sorgt der Freckenhorster Gerhard Berlage noch einmal für Aufsehen: In einem Antrag an Bürgermeister Jochen Walter fordert er im Namen der FWG-Fraktion, die Möglich-

keit zu prüfen, das Geld für den Kauf des Stromnetzes aus Händen der RWE zumindest zum Teil über einen Bürger-Beteiligungsfonds aufzubringen.

Hintergrund ist das Vergabeverfahren für eine Konzession zum Betrieb des Stromnetzes. Sollte der Rat einem Bieter den Zuschlag erteilen, an dem die Stadt Warendorf beteiligt ist – sei es als Kommune direkt oder als Anteilseigner der WEV/Stadtwerke – müsste der kommunale Anteil zum Erwerb der Infrastruktur kreditfinanziert werden – nach Lage der Dinge zurzeit zu einem Sollzinssatz von vier bis 4,5 Prozent.

Die Idee Berlages, von Beruf

freier Bankkaufmann, läuft auf eine Alternative heraus: Privatpersonen könnten in einen Fonds einzahlen und sich mit mindestens 1000 Euro (auch eine Höchstgrenze wäre festzulegen) am Kauf beteiligen. Entsprechende „Wertpapiere“ könnten zum Beispiel von ortsansässigen Geldinstituten vertrieben werden. Aus dem Gewinn des Netzbetriebs wäre eine „Bürgerdividende“ auszahlbar, die deutlich höher sein könnte als die Guthabenzinsen, die derzeit auf Sparkonten zu erzielen sind. Berlage sieht noch einen positiven Nebeneffekt: eine bessere Akzeptanz der Stromnetzübernahme in der Bürgerschaft.